

Misstrauen auf: unter anderem gegen die »eigene Wahrhaftigkeit«, denn »schon wieder [schwingt] die Lüge darin«, und gegen die »eigene Stimme«, denn sie ist »gläsern vor Lieblosigkeit«.

In ihren späten Texten, die sie selbst als Erinnerungsprojekt bezeichnet, benennt sie offen und radikal wie nie die Ereignisse, die ihr Leben und damit ihre Sprache prägten und zeigt sich zugleich einer Gegenwart gewachsen, in der sich der Einzelne in ge-

sellschaftlichen Konventionen zu verlieren droht. Über Stifter, den sie an einem »nebligen Spätherbstnachmittag in einem englischen Antiquariat« erstmals intensiver las, schrieb sie einmal: »Wer mit den Erzählungen Stifters zu früh oder zu spät umzugehen beginnt, den könnte leicht schon bei den ersten Absätzen der Zorn schütteln.« Für die Begegnung mit Ilse Aichinger, mit ihrem Schmerz, ihrer Welt, ihrer Landschaft, ist immer der richtige Zeitpunkt. ■

Klaus-Jürgen Scherer

Genesungsfortschritte des sozialdemokratischen Patienten

Neuere politikwissenschaftliche Analysen

Die SPD ist wieder da. Mit ihren Erfolgen bei den sieben Landtagswahlen 2011 hat sie ihr Selbstvertrauen wiedergewonnen und weitere Schritte auf dem Weg zur erhofften Ablösung der schwarz-gelben Bundesregierung getan. Dennoch ist die SPD nicht über'n Berg, keineswegs konnte sie immer Prozente und absolute Stimmen hinzugewinnen. Und strukturelle Probleme, worauf der zweistellige Verlust bei Jungwählern in Berlin verweist, bleiben.

Dass die große Verunsicherung noch nicht vergessen ist, führte uns erst jüngst Katja Kullmann in ihrem Lebensbericht *Echtleben* aus der prekären Kreativwirtschaft vor: »Tatsächlich erscheint es von heute aus betrachtet noch absurder, als es in den frühen Nullern wirkte: dass ausgerechnet ein Sozialdemokrat den Spitzensteuersatz von 50 auf 42 Prozent senkte, mehrere Gesetze zur ›Förderung der Finanzmärkte‹ erließ und schließlich die Agenda 2010 durchsetzte. (...) Auch mir war zunächst nicht klar, dass (...) sich hinter modischen und marktgängigen Selbstbenennungen wie Ich-AG, Freelancer oder



Klaus-Jürgen Scherer

(* 1956) ist Politikwissenschaftler, Geschäftsführer des Kulturforums der Sozialdemokratie und Redakteur der *NG/FH* in Berlin.

klaus-juergen.scherer@fes.de

Micropreneur im Wesentlichen Wanderarbeiterschicksale und Tagelöhnerei verbergen würde.«

Auch in vier politikwissenschaftlichen Neuerscheinungen geht es um die Aufarbeitung des 23 %-Tiefpunktes 2009, um eine SPD im Wandel zwischen *Modernisierungserfolgen* und *Modernisierungserfolgen*, um die programmatische Erneuerung während des Regierens, um eine neue Generation von SPD-Politikern, um neue gesellschaftliche Fragen, um vielschichtige Prozesse des Vertrauensverlustes.

Matthias Sachs schlägt in seiner FES-geförderten Dissertation den großen Bogen sozialdemokratischer Grundsatzdebatten, von 1984 bis 2007, vom Auftakt zum Berliner Programm bis zum Abschluss

des Hamburger Programms, zudem in vergleichender Perspektive zur britischen Labour Party und zur niederländischen Partij van de Arbeid. Vieles, was in der medialen Wahrnehmung als Flügelkampf oder konträres Politikmodell beschrieben wurde, erweist sich in dieser Perspektive als dialogischer Lernprozess eines gemeinsamen Programmdiskurses, sich der gewandelten Realität zu stellen.

Es waren eben Sozialdemokraten, und nicht andere politische Grundströmungen, die in den letzten 30 Jahren sich wirklich ernsthaft mit der Globalisierung der Wirtschaft, dem Funktionsverlust der nationalstaatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie des Keynesianismus, mit neuen Technologien (»Informatisierung«) und Umweltherausforderungen, mit sozio-strukturellem Wandel und der Verschiebung von Werten (»Individualisierung«), mit verändertem Wahlverhalten und dem Wandel des politischen Diskurses auseinandersetzen. Konsensual blieb, dass wirtschaftlicher Erfolg, sozialer Zusammenhalt und Nachhaltigkeit gleich wichtig sind. Unterschiedliche Akzente haben mit einem unauflösbaren, für die soziale Demokratie so typischen Spannungsverhältnis zu tun: Grundwerte, Kapitalismuskritik, Leitbilder, vielleicht gar Visionen von der gerechten Gesellschaft, zusammenzubringen mit einer konkreten, auch unter weltwirtschaftlichen Zwängen für die Mehrheit und die Benachteiligten erfolgreichen Politik.

Trotz skeptischer Bilanz, es fehle noch an »neuen und langfristig tragfähigen ideologischen Grundlagen«, schreibt Sachs die SPD gerade wegen ihrer offenen und selbstkritischen Debattenkultur nicht ab: »Sollte es der Sozialdemokratie weiterhin gelingen, neben der kurzfristigen und praxisorientierten Formulierung politischer Konzepte auch die grundsätzliche Auseinandersetzung mit ihren ideologischen Wurzeln sowie das Streben nach einer Erneuerung des sozialdemokratischen Modells

am Leben zu halten, dann wäre damit eine erste Voraussetzung dafür erfüllt, die Existenz der Sozialdemokratie zu sichern«.

Verlassen des Kampfbegriffes

Der wirtschaftliche Erfolg der letzten Jahre hat mit ihr zu tun: Und doch steht die »Agenda 2010« für eine schiefgelaufene Debatte, für die Entstehung der gesamtdeutschen Partei Die Linke, für sozialdemokratischen Vertrauensverlust bei dem Thema soziale Gerechtigkeit. Das gleichnamige Buch unternimmt den systematischen Versuch, die Inhalte dieses »diffusen Reformpaketes« (u.a. Riester-Rente 2001, Hartz-Reformen 2002-2005, GKV-Moderernisierung 2004, Rente-mit-67 2007) zu klären und beschäftigt sich mit den strategischen Zielen der sozialstaatlichen Strukturereformen. Vier Phasen werden unterschieden: 1998-2003 vor der Agenda 2010-Regierungserklärung; 2003-2005 die »alternativlose« Durchsetzung des Agenda-Kurses bis zur Abwahl von Rot-Grün; 2005-2009 die weitgehende Fortsetzung der Agenda in der Großen Koalition, bei einer gleichzeitig ambivalenten SPD; ab 2009 als Oppositionspartei die Aufarbeitung von Agenda-Fehlern und der Beginn einer strategischen Neuorientierung.

Nur langsam, siehe Katja Kullmann, verblasst die Agenda als innerparteilicher »Kampfbegriff«, als Chiffre, die jahrelang in der SPD rechts (»erfolgreiche Politik«) und links (»nicht zukunftsfähig«) trennte. Demgegenüber liefern die Autoren des Buches *Agenda 2010* Klärendes:

Insgesamt war die Agenda kein Sozialstaatsabbau, in absoluten Zahlen ist das Sozialbudget seit 2003 stetig gewachsen. Sie sollte sich nicht gegen die Interessen der Erwerbstätigen richten, sondern gegen die etablierte sozialstaatliche Betreuung. Sie sei jedoch die Umdefinition (»fundamentale Richtungsänderung«) des Grundverständnisses gewesen, dass der Sozialstaat für eine

gerechte Teilhabe der arbeitenden Bevölkerung am gesellschaftlichen Wohlstand zu sorgen habe. Ihre Intention war die politikfeldübergreifende Umsetzung neuer Zielvorgaben in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik: vor allem eine Begrenzung, die sozialstaatliche Leistungen davon abhängig macht, dass die globalisierte Wirtschaft deren Kosten verkraften kann; sowie das Angebot, »den Sozialstaat so zu gestalten, dass er zu mehr Beschäftigung – für den einzelnen und gesamtgesellschaftlich – führt«.

Diese Ambivalenz des Agenda-Prozesses, einerseits notwendige neue Schlüsselthemen anzugehen wie Bildung, Arbeit schaffen, Generationengerechtigkeit, Sozialstaatsreformen, andererseits in die Grauzone wirtschaftsliberaler Ideen zu geraten, sei gerade bei jüngeren MdBs des »Netzwerks« sichtbar geworden. So Daniela Forkmann, die kenntnisreich und sensibel biografische Verläufe und Sozialisationsmuster analysiert und den Weg der »Netzwerker« 1998-2005 nachzeichnet, zwischen dem Geist einer jungen flügelübergreifenden Generation, die jenseits der Traditionsbataillone offen für neue Antworten ist, und einer Selbstverortung »im innerparteilichen Gefüge (...) eindeutig auf dem so genannten rechten Flügel«.

»Auffällig ist, dass all die genannten Positionen mit gemeinhin als klassisch angesehenen sozialdemokratischen Überzeugungen brechen: Das Prinzip der Freiheit bekommt eine herausgehobene Stellung, Verteilungs- weicht Chancengerechtigkeit, Steuermodelle machen auch vor einer Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht Halt, die Flexibilität des Individuums wird positiv gedeutet«. Derart zugespitzt formuliert wäre angesichts der Zunahme gesellschaftlicher Spaltung und prekärer Arbeits- und Lebenslagen, des dramatischen Rückgangs von Sicherheit und Vertrauen, einer durch Finanzspekulation gefährdeten Weltwirtschaft, wohl das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Heute sind Finanzmarktliberalisierung und Niedriglohnsektor, ein rein

vorsorgender und investigativer, nur auf Eigenverantwortung ausgerichteter Sozialstaat, ein auf Kernkompetenzen zurückgefahrter Staat eben keine Leitbilder mehr.

»Neues Biedermeier«?

Die Positionen der wichtigsten »Netzwerker«, neben dem Seeheimer Kreis und der Parlamentarischen Linken die dritte parteinterne Gruppierung, werden in dem Band der »Göttinger Studien zur Parteienforschung« als typische Wertesynthese der Generationenkohorte von vorwiegend in den 60er Jahren Geborenen analysiert:

Einerseits seien sie geprägt durch die postmaterialistischen Werte der Neuen Sozialen Bewegungen der frühen 80er Jahre und durch die (Minderheits-)Erfahrungen der undogmatischen Jungsozialisten, die eindeutig der lebensweltlich sympathische und zudem klar kommunistuskritische Teil der Nachwuchsorganisation waren. Daher stammt der beteiligungsorientierte offene politische Stil und die zivilgesellschaftliche (damals basisdemokratische) Orientierung. Andererseits sei dies auch die konsum-, erlebnis- und erfolgsorientierte »Generation Golf« der späten 80er Jahre. Materialistische Themen und Werte erstarkten nach der deutschen Einheit weiter, auch im Einklang mit parteipolitischen Karrieren. Forkmann zieht gar Parallelen zur »skeptischen Generation« der 50er Jahre (Ideologieskepsis, pragmatischer Realismus) und macht ein »neues Biedermeier« aus, in Absetzung zum »Heroentum« der zum Feindbild erklärten 68er, mit ausgeprägtem Harmoniebedürfnis, mit Werten wie Loyalität und Pflicht. Wie auch immer, unbestritten gab es einen generationellen Bruch mit der automatischen Linksdrift der jungen Generation: Der einstige reformsozialistische und sozialökologische Juso-Flügel setzte sich rasch an die Spitze der grundsätzlichen Agenda-Befürworter.

Doch haben gerade die »Netzwerker«, was auch Forkmann zugeben muss, manches Neue, das bleibt, nach vorne gebracht. Das Engagement für Generationengerechtigkeit und zur Erhaltung der staatlichen Handlungsfähigkeit erwies sich angesichts der europäischen Schuldenkrise fast schon als prophetisch. Wobei es eine Pointe politischer Dialektik ist, dass es nun wieder auf verstärktes und regulierendes Handeln der Staaten (in europäischer und internationaler Kooperation) ankommt, um den entfesselten Finanzmarktkapitalismus zu bändigen.

Schließlich untersucht der von Oskar Niedermayer nach der Bundestagswahl herausgegebene Sammelband, schon fast eine Tradition der Parteienforschung, den Typwechsel des bundesdeutschen Parteiensystems hin zu neuem Pluralismus. Aus einem System der Zweiparteiendominanz sei ein »fluides Fünfparteiensystem« mit strukturellen Niedergangstrends der SPD geworden. Heute, ein gutes Jahr später ist die SPD an jeder Landesregierung, die neu gewählt wurde, beteiligt. Die Prognose, Regierungsbeteiligungen würden unwahrscheinlicher hat sich kaum bewahrheitet. Der Patient hat die Intensivstation längst verlassen.

Befindet sich das neue Parteiensystem mit den Grünen als dritter Kraft, mit einer »angebotsbedingten strukturellen Asymmetrie« zugunsten der Union, mit einer Stabilisierung der Volksparteien auf niedrigerem Niveau auf dem Weg zu neuer Konsolidierung? Verfestigt sich die Erfolgsserie der Grünen oder waren es, wie die »Wutbürger« gegen Stuttgart 21 oder die Themenkonjunktur des Atomausstiegs nach Fukushima, nur »Kurzfristfaktoren«, die zu den großen Sprüngen der Grünen führten? Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei? Zu Recht überschreibt Lothar Probst seinen Beitrag mit einem Fragezeichen. Das Ergebnis der Berliner Landtagswahl zeigt, die Medienkonjunktur dieses Themas ist vorbei, aber auch: Neuer diffuser Protest, die 8,9 % der netzlibertären

Piraten, hat mitgeholfen Rot-Grün zu verhindern.

Die SPD kann trotz ihrer nach wie vor »instabilen Situation im Parteienwettbewerb« den Übergang von der internen Selbstvergewisserung zur externen Profilbildung schaffen. Es könne der SPD durchaus gelingen, »mit einem entsprechend attraktiven Spitzenpersonal, einem einheitlichen Erscheinungsbild und inhaltlicher Kompetenz die ihnen verbliebenen Wähler zu halten bzw. bei vergangenen Wahlen – zumeist in die Enthaltung – abgewanderte Wähler wieder neu für sich zu gewinnen«, so selbst Manfred Güllner (mit Peter Matuschek), nicht bekannt als jemand, der die Situation der SPD schönredet.

Was Niedermayer empfiehlt, einen versöhnenden dritten Weg, der festhält an Prinzipien der Agenda-Politik, diese jedoch verbindet mit einer deutlichen Umverteilung der Kosten von unten nach oben und der Nutzen von oben nach unten, beschreibt derzeitiges Bemühen. Auch damit die zweifelnde Katja Kullmann, die in ihrem Buch die Renaissance sozialdemokratischer Ziele: Arbeit, Sicherheit, Gerechtigkeit angesichts des modernen, flexiblen und unsteten Arbeitslebens anmahnt, wieder SPD wählen kann.

Daniela Forkmann: Das »Netzwerk junger Abgeordneter Berlin«, VS Verlag, Wiesbaden 2011, 381 S., € 39,95.

Simon Hegelich, David Knollmann, Johanna Kuhlmann: Agenda 2010. Strategien – Entscheidungen – Konsequenzen, VS Verlag, Wiesbaden 2011, 262 S., € 29,95.

Oskar Niedermayer (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009, VS Verlag, Wiesbaden 2011, 357 S., € 39,95.

Matthias Sachs: Sozialdemokratie im Wandel. Programmatische Neustrukturierungen im europäischen Vergleich, VS Verlag, Wiesbaden 2011, 381 S., € 39,95.

Katja Kullmann: Echtleben. Warum es heute so kompliziert ist eine Haltung zu haben. Eichborn, Frankfurt/M. 2011, 256 S., € 17,95. ■